

GRÜNE VIelfALT

GRÜNE ZEITung

ALTDORF

2024

Viele Texte in

dieser Ausgabe:

**Kurz und ein-
fach gesagt**

<https://gruene-nuernberger-land.de/ortsverbaende/ov-altdorf>



Liebe Leserinnen und Leser,

Das Bild auf der Titelseite steht für **VIELFALT**.

GRÜN ist die Farbe der Natur. Wir Menschen sind entspannter, wenn wir die Farbe Grün sehen. Wahrscheinlich, weil Grün heißt: Hier gibt es Wasser und Pflanzen, hier können wir überleben.

In der Politik wird GRÜN inzwischen als Drohung verwendet: Auf einem Wahlplakat der AfD in Sachsen stand: „Wer CDU wählt, bekommt Grün.“

Für uns ist GRÜN eine Haltung: FÜR unsere vielfältige Welt.

Denn wir brauchen Vielfalt:

- Wir brauchen in der Natur „Bio-Diversität“, also verschiedene Lebewesen, die sich die Welt mit ihren verschiedenen Möglichkeiten und Bedürfnissen teilen.
- Wir brauchen in der Gesellschaft verschiedene Menschen, die sich ergänzen.

Wir schreiben in dieser Grünen Zeitung über verschiedene Themen. Und wir schreiben für verschiedene Menschen. Dazu haben wir eine neue Form probiert: Wir schreiben die Texte in leicht verständlicher Sprache oder wir übersetzen schwere Texte in einen kurzen, einfachen Text. Wir haben **EINE** Zeitung **FÜR ALLE** gemacht:

- für Menschen, die einfache Sprache besser verstehen
- für Menschen, die nicht gut Deutsch können
- für Menschen, die nicht so viel Zeit für einen langen schweren Text haben
- für Menschen, die mit schwerer Sprache Sachen noch mehr verstehen wollen

Wir wünschen Ihnen/Euch ein leichtes und anregendes Lesen! Und wir freuen uns über Rückmeldungen!



Niklas Baumgardt

Susanne Pannewick

Miranda Bellchambers

Aaron Mühlendyck

(Ortsvorstand)

Kein Sandabbau...

... im Altdorfer Wald!

Kurz und einfach gesagt

Wir wohnen in Altdorf in einer Gegend mit viel Sand. Nördlich beginnt der Reichswald, der auf hohen Sanddünen wächst.

Man sieht die Sanddünen meistens nicht, weil Bäume darauf stehen. Der Wald ist besonders, da an verschiedenen Stellen ganz unterschiedliche Pflanzen wachsen. Hier wachsen zum Beispiel viele Kiefern, da sie Sandboden mögen. Hier leben auch viele geschützte Tiere. Deshalb braucht der Reichswald besonderen Schutz. Diesen Schutz bekommt er durch ein Gesetz, das den Wald zum Bannwald erklärt.

Sand ist aber auch ein wichtiger Rohstoff, zum Beispiel für Beton. Nicht jeder Sand ist ein wichtiger Rohstoff. Aus Wüstensand können wir keinen Beton machen, weil er zu scharfe Kanten hat. Der Sand unter unserem Wald ist ein guter Rohstoff. Aber um daraus Beton zu machen, muss man den Wald roden und die Tiere vertreiben. Das wollen wir nicht. Auch wenn das heißt, dass wir dann weniger neu bauen können oder dass wir mit anderen Stoffen bauen müssen.

Vor drei Jahren wollte eine Firma Sand im Wald abbauen. Viele Men-



Demo gegen den Sandabbau
(Foto: PircherFotografie)

schen fanden das schlecht. Deshalb habe ich mit anderen Menschen aus Altdorf gemeinsam eine Bürger-Initiative (BI) gegründet. Mit Unterstützung der Stadt Altdorf und von anderen Orten haben wir erfolgreich gegen die Sandgrube demonstriert. Über 5.800 Menschen haben sich uns angeschlossen. Die Firma hat damals keine Erlaubnis bekommen, den Sand abzubauen. Wir haben gefeiert, weil wir dachten, der Wald sei sicher. Leider haben wir uns zu früh gefreut.

Denn die Firma versucht jetzt wieder, Sand abzubauen. Wenn die Pläne von der Firma umgesetzt werden, wird eine Fläche so groß wie 55 Fußballfelder abgeholzt. Der Sandabbau würde 35 Jahre dauern und unsere Heimat dauerhaft beschädigen und verschmutzen. Wir finden das immer noch schlecht und wollen den Wald weiter schützen und darum den Sandabbau verhindern. Wir freuen uns über alle, die uns unterstützen können und möchten.

Wenn Sie die BI unterstützen möchten, besuchen Sie die Website:
www.rettet-den-roethi.de

Aaron Mühlendyck



Ohne Land keine Landwirtschaft

Ein Besuch auf dem Hof von Familie Rupprecht



Das Land von Familie Rupprecht ist im ganzen südlichen Landkreis verteilt. Sie müssen täglich viele Kilometer fahren, um es zu bewirtschaften.

Kurz und einfach gesagt

Familie Rupprecht hat zwei landwirtschaftliche Höfe in Oberwellitzleithen und in Kühnhofen. Die Altdorfer Grünen

haben den Hof in Oberwellitzleithen besucht und konnten viel über den Alltag auf einem Hof lernen. Sie haben viel über die 60 Kühe, die Ställe und die Melksysteme gehört. Es ist für Familie Rupprecht wichtig, dass ihre Tiere sich wohl fühlen. Deshalb haben sie offene Laufställe und versorgen die Tiere optimal mit Wasser und Futter. Alle Tiere haben

eigene Namen. Andrea Rupprecht, die jüngste Tochter, hat auch von ihren Schwierigkeiten erzählt. Das Klima verändert sich, alles wird teurer und die Bürokratie macht viele Sachen kompliziert. Das größte Problem für Familie Rupprecht ist aber:

Ohne Land kann es keine Landwirtschaft geben.

Es gibt immer weniger Land für die Landwirtschaft, weil viele Straßen, Gebäude und Photo-Voltaik-Anlagen gebaut werden. Familie Rupprecht hat viel Land verloren. Sie muss aber weiter das Futter für ihre Tiere anbauen und dafür Felder im ganzen



Nürnberger Land nutzen. Deshalb muss sie weite Wege mit Traktoren und anderen Maschinen fahren.

Auch wenn es anstrengend ist und sie hohe Kosten haben: Der Familie Rupprecht macht ihre Arbeit viel



Die rund 60 Milchkühe stehen in einem offenen Laufstall und werden optimal versorgt – auf dem Hof von Familie Rupprecht hat jedes Tier seinen eigenen Namen.

Spaß. Das freut uns sehr – denn ohne Landwirtschaft können wir nicht leben. Wir möchten mit den Familien in der Landwirtschaft reden und sie vor politischen Entscheidungen nach ihrer Meinung fragen.

Sie können auf der Internetseite der Grünen in Altdorf einen ausführlichen Bericht vom Besuch lesen:

<https://gruene-nuernberger-land.de/ortsverbaende/ov-aldorf/die-zeitung-ov-aldorf>

Anni Blüml, Silke Roth



GRÜNE ZEITUNG Altdorf 2024





WKA im Nürnberger Land.

Bayerns Klimaziele in Gefahr

Staatsregierung muss handeln!

Im Bayerischen Klimabericht 2023 werden 100 neue Windkraftanlagen (WKA) in den Staatsforsten als Maßnahme des Klimaschutzprogrammes von 2021 bilanziert. Tatsächlich wurde in den Wäldern seit 2020 keine einzige neue WKA in Betrieb genommen. In den Forsten gebe es derzeit 101 WKA, davon seien die jüngsten bereits fünf Jahre alt, ergab eine Anfrage der Grünen im Landtag. Das zuständige Wirtschaftsministerium räumte Fehler ein. Im Klimabericht sind nur insgesamt neun Maßnahmen mit konkreten Zahlen aufgelistet, von insgesamt rund 150. Deswegen scheint die Erklärung des Ministeriums eher eine „freche Rechentrickserei“ zu sein. Es wird auch nicht bilanziert, ab wann sich eine WKA dreht, sondern ab wann das Genehmigungsverfahren anläuft, was Jahre dauern kann. Im Bundesländervergleich landet die Windkraft in Bayern auf dem vorletzten Platz.

Trotz fragwürdiger Zahlen kommt Bayern insgesamt nur auf eine Einsparung von 0,73 Mio. Tonnen CO². Das ist im Vergleich zum Ausstoß von rund 88 Mio. Tonnen weniger als ein Prozent. Laut Abschätzungen kann der Freistaat das gesetzte Ziel der Klimaneutralität bis 2040 nur erreichen, wenn er seine Maßnahmen verfünffacht. Für das Erreichen der Ziele müssen also noch enorme Anstrengungen unternommen werden, da die bisherigen Maßnahmen der jetzigen Regierung nur minimale Einsparungen gebracht haben.

Die einzige effektive Maßnahme wurde 2022 eingestellt – das 10.000-Häuser-Programm mit einer Einsparung von 0,4 Mio. Tonnen CO². Die Söder-Regierung muss also Tempo beim Klimaschutz machen, bewährte Programme wieder aufnehmen und endlich wirksame Maßnahmen ergreifen.

Margit Kiessling

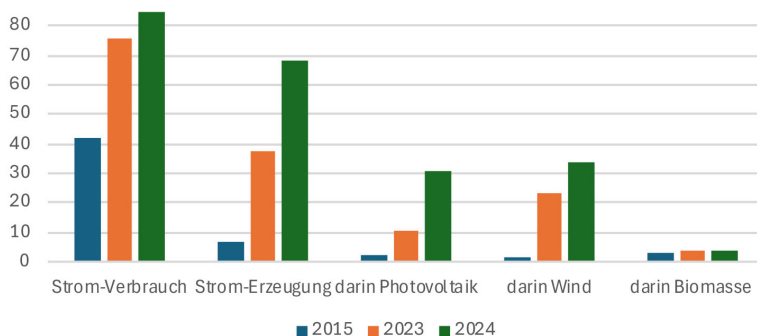


Altdorf auf gutem Weg...

... bei nachhaltiger Stromerzeugung

Um den Klimawandel abzuschwächen ist es erforderlich, die CO² Belastung der Atmosphäre bei der Stromerzeugung soweit wie möglich abzusenken. Hierbei leistet die Stromproduktion aus Wind- und Solarenergie den größten Beitrag. 2015 hat Prof. Brautsch vom Institut für Energietechnik der TH Amberg eine Analyse zu Erzeugung und Verbrauch der gesamten Energie der Stadt Altdorf durchgeführt. Dabei ermittelte er diese Werte:

Demnächst wird vom Planungsverband Mittelfranken für die Planungsregion 7 zusätzliche Fläche zum Ausbau für Windkraftanlagen ausgewiesen. Mit einem weiteren Windrad auf Altdorfer Boden sowie weiteren Anstrengungen beim Ausbau der Photovoltaik (öffentliche Gebäude / private Dachflächen und Balkonanlagen) könnte Altdorf theoretisch den kompletten Eigenstrom-Bedarf regenerativ erzeugen.



2015: Photovoltaik aus 306 Hausanlagen, Windkraft aus 1 Anlage

2023: Photovoltaik aus 1180 Hausanlagen, Windkraft aus 2 Anlagen;
Annahme 80% mehr Strombedarf als 2015

2024: Photovoltaik inkl. 2 Freiflächen-Anlagen, Windkraft aus 3 Anlagen

Diese Betrachtung wäre allerdings nur dann zutreffend, wenn wir durch Speicher oder Ausgleichsmaßnahmen den gesamten erzeugten Strom selbst nutzen könnten. Da sind wir noch nicht so weit und haben deshalb weiterhin noch ein

Stück Arbeit vor uns. Und dennoch: Alle, die sich beteiligen oder beteiligen werden, tragen bereits neben den persönlichen Einnahmen zur Entlastung von 54.000 t CO² in 2024 bei. Wir sind auf einem guten Weg!

Eckart Paetzold

GRÜNE ZEITUNG Altdorf 2024



Übersetzung in Einfache Sprache

Seit 2021 gibt es in Deutschland ein Klimaschutz-Programm. Darin steht, dass Deutschland bis 2040 klimaneutral sein soll. Klimaneutral heißt, dass nur so viel Kohlenstoff (CO²) produziert wird, wie die Natur aufnehmen kann. Dafür gibt es viele Maßnahmen. Besonders wichtig ist es, klimafreundlichen Strom zu gewinnen. Klimafreundlicher Strom entsteht zum Beispiel in Windkraft-Anlagen (WKA).

Im Klimabericht in Bayern steht, dass es seit 2021 100 neue WKA in Bayern gibt. Das ist allerdings nicht richtig: Es gibt in Bayern zwar 101 WKA, allerdings sind diese alle älter. Denn im Klimabericht stehen auch WKA, die schon beantragt sind, aber noch nicht fertig gebaut. Vom Antrag für eine WKA bis zum fertigen Bau einer WKA dauert es aber oft sehr lange. Bayern hat von allen Bundesländern fast die wenigsten WKA. Nur ein Bundesland hat noch weniger.

Deshalb spart Bayern im Moment nicht mal 1 Tonne CO² im Vergleich zu früher. Damit Bayern bis 2040 klimaneutral sein kann, muss die Regierung sich sehr anstrengen.

In Altdorf gibt es schon 3 WKA. Außerdem haben viele Häuser Photo-Voltaik-Anlagen. (PVA). Eine PVA erzeugt Strom durch Sonnenlicht. Es gibt in Altdorf auch zwei große Flächen, auf denen PVA stehen. In Altdorf ist fast 70 Prozent vom Strom, den die Altdorfer brauchen, klimafreundlicher Strom. Vor 9 Jahren waren es nur 7 Prozent. Leider können wir in Altdorf diesen Strom nicht immer selbst nutzen. Es gibt nicht genügend Speicher für den Strom. Dafür muss die Stadt noch eine Lösung finden.

Wir sagen allen Menschen in Altdorf: „Danke!“ Denn viele Menschen bauen PVA oder setzen sich für klimafreundliche WKA ein. Sie helfen mit, damit Bayern klimaneutral wird.



Dieser Text ist eine Zusammenfassung der beiden Texte von Margit Kiessling und Eckart Paetzold von S. 6/7

WKA im Nürnberger Land.

Stromtrassen

10 Jahre Widerstand gegen den geplanten Netzausbau

Kurz und einfach gesagt

Vor 10 Jahren wollte der Netzbetreiber Amprion eine große Gleichstromtrasse vom Norden in den Süden bauen. Durch die

Proteste aus der Bevölkerung konnte das verhindert werden. Allerdings wollen die vier großen Netzbetreiber weiter große Übertragungsleitungen quer durch Europa bauen.

Die Bürgerinitiative fragt: Wer soll das bezahlen? Wie können die Strompreise stabil gehalten werden? Wie sicher ist das Stromnetz bei Klima-Katastrophen und Terror-Anschlägen? Wie wirken sich die Stromtrassen auf Gesundheit und Klima aus?

Bei den Grünen gibt es unterschiedliche Positionen dazu. Argumente **GEGEN** diese Stromtrassen:

- Wir brauchen keine neuen Übertragungs-Leitungen für eine sichere Strom-Versorgung. Die Kosten sind enorm.
- Die neuen Stromtrassen transportieren größtenteils den Strom nur für den Stromhandel mit dem

Ausland durch. Aber wir müssen über den Strompreis für diese Leitungen insgesamt ca. 600 Mrd. Euro bezahlen.

- Notwendig wären aber mehr Verteil-Leitungen, z.B. für den Sonnen-Strom von den Dächern.
- Wir brauchen entgegen der Voraussagen insgesamt immer weniger Strom, obwohl Elektro-Autos und Fabriken mehr Strom nutzen. Das liegt daran, dass weniger produziert und mit weniger Strom hergestellt wird. **Wenn man weniger Strom braucht, braucht man auch weniger Leitungen.**
- Stromtrassen zerstören Boden. Die Landwirtschaft und Forstwirtschaft brauchen diese Flächen und wertvollen Wälder zum Wirtschaften.

Deshalb sollte noch einmal überprüft werden, ob wir diese Stromtrassen für die Energiewende brauchen.

Anni Blüml

Mehr Gedanken finden Sie hier:





Zuschüsse bringen Geld, aber auch Nachteile

Eine Nord-Umgehungsstraße für Altdorf?

Kurz und einfach gesagt

Eine Stadt hat verschiedene Aufgaben, zum Beispiel Straßen zu bauen und zu renovieren.

Die Stadt bekommt für ihre Aufgaben Geld durch Steuern, aber das ist meistens zu wenig. Deshalb braucht jede Stadt Zuschüsse, also Geld vom Bundesland Bayern oder von der Bundesrepublik Deutschland.

Ein Beispiel für Altdorf ist die geplante Nord-Umgehungs-Straße. Wenn Altdorf im Norden diese Straße bauen will, dann kann sie dafür Zuschüsse bekommen. Aber nur, wenn die Straße eine „übergeordnete Straße“ ist. Solche Straßen sind aber viel breiter als normale

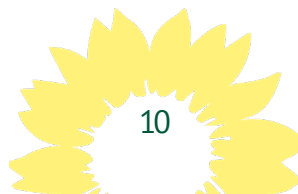
Orts-Straßen und man darf darauf schneller fahren als in der Stadt.

Also denken viele im Stadtrat: Dann lassen wir lieber eine breitere Straße bauen. Das Problem dabei ist: Dadurch wird mehr Fläche zugebaut als nötig ist. Und das kostet auch noch mehr Geld von unseren Steuern.

Wenn man nur auf die Zuschüsse schaut, trifft man manchmal eine Entscheidung, die schlecht für die Natur ist.

Wir Grünen fordern, dass den Städten mehr Zuschüsse für Straßen gegeben werden, die umweltfreundlich repariert oder mindestens so gebaut werden, dass wenig wertvolles Material verbraucht wird.

Miranda Bellchambers



Zukunft gestalten

Wie Jugendbeteiligung Altdorf voran bringen kann

Altdorf lebt von den Ideen und dem Engagement der Bevölkerung. Dabei ist es besonders wichtig, die Perspektiven junger Menschen nicht nur zu hören, sondern ihnen auch echte Mitbestimmungsmöglichkeiten zu geben. Jugendbeteiligung ist nicht nur ein Schlagwort, sondern ein zentrales Anliegen für eine zukunftsfähige und gerechte Gesellschaft. Das ist auch wichtig als Reaktion darauf, dass gerade viele junge Menschen rechtsextreme Parteien wählen, weil sie nicht erleben, in der Politik ernst genommen zu werden.

Eine besonders wirkungsvolle Form der Jugendbeteiligung ist die Einrichtung eines Jugendparlaments oder Jugendrats. Solche Gremien ermöglichen es Jugendlichen, ihre Anliegen direkt in die kommunalpolitischen Prozesse einzubringen. Sie bieten eine Plattform, auf der junge Menschen ihre Interessen vertreten, eigene Projekte initiieren und Entscheidungen mitgestalten können, die sie selbst betreffen. Ein Jugendparlament könnte zum Beispiel über die Gestaltung von öffentlichen Plätzen, Freizeitangeboten oder den Ausbau der digitalen Infrastruktur mitentscheiden. Wichtig ist, dass die Jugendlichen nicht nur beratend tätig sind, sondern auch echtes Mitspracherecht haben. Das stärkt nicht nur das politische Bewusstsein, sondern auch das Verantwortungsgefühl und die

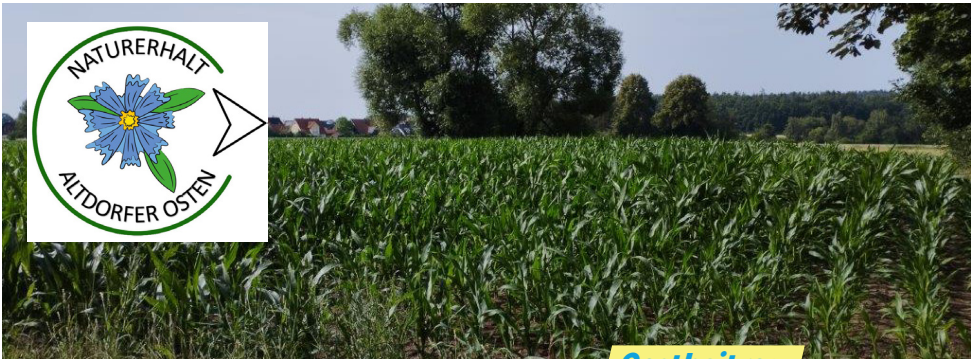
Bindung an die eigene Gemeinde. Und es könnte den Parolen rechtsextremer Parteien andere politische Erfahrungen entgegensetzen.

Neben der strukturellen Beteiligung benötigen Jugendliche aber auch physische Räume, in denen sie sich frei entfalten können. Gerade in einer Zeit, in der öffentlicher Raum immer knapper wird und die Ansprüche an Flächennutzung steigen, ist es wichtig, Orte zu schaffen, an denen Jugendliche willkommen sind. Es darf nicht sein, dass junge Menschen ständig das Gefühl haben, sie müssten sich rechtfertigen oder würden vertrieben werden, sobald sie sich im öffentlichen Raum aufhalten. Räume wie Jugendzentren, offene Treffpunkte oder einfach öffentliche Plätze, die explizit für junge Menschen gedacht sind, sind essenziell. Hier können sie sich treffen, austauschen, kreativ werden oder einfach nur Zeit verbringen, ohne von Erwachsenen bevormundet zu werden.

Niklas Baumgardt

Bild: KI-generiert





Gastbeitrag

Die Bürger haben entschieden

aber die Stadt macht etwas anderes

Kurz und einfach gesagt

In Altdorf gab es im Oktober 2023 einen Bürger-Entscheid. Die Frage hieß (vereinfacht): „Wollen Sie ein Gewerbegebiet

mit Supermarkt auf den Feldern im Altdorfer Osten?“ Etwas mehr als die Hälfte der Menschen sagte im Bürger-Entscheid „NEIN“ zu dieser Frage.

Jetzt sagen viele im Stadtrat: Dann können wir ja etwas anderes auf dieses Gelände bauen. Die Menschen haben ja nur gesagt: Kein Gewerbegebiet. Vom Gesetz her stimmt das. Aber der Bürgermeister hat vor dem Bürger-Entscheid versprochen: Bei NEIN bleiben die Felder erhalten. Viele Menschen finden das wichtig. Sie sagten uns

vor dem Bürger-Entscheid an unseren Info-Ständen am Marktplatz: „Es kann doch nicht sein, dass schon wieder Felder zugebaut werden. Wo soll das enden?“ Die meisten wollten sicherlich mit ihrem NEIN beim Bürger-Entscheid die Natur erhalten. Auch wir als BI wollten, dass die Felder und Naturflächen so bleiben – deshalb heißen wir „Bürgerinitiative Naturerhalt Altdorfer Osten“. Wir haben das Versprechen vom Bürgermeister ernst genommen.

Doch der Bürger-Entscheid wurde nicht umgesetzt. Wir haben immer wieder bei der Stadt nachgefragt. Die Antworten waren: „Keine Ahnung“ oder „Die Veränderung des Bebauungs-Planes ist in Vorbereitung...“ Nach einiger Zeit haben wir uns gefragt: Respektiert die Stadt überhaupt den Bürgerentscheid?



Diese Frage ist in der Stadtrats-Sitzung im Juni beantwortet worden: Der Sport-Verein TV 1881 Altdorf hatte die Idee: Wir könnten auf den Feldern im Altdorfer Osten neue Sporthallen und Sportplätze bauen. Der Stadtrat beschloss: Wir unterstützen den Sport-Verein zu überprüfen, ob das möglich ist. Dieser Beschluss widerspricht aber dem Versprechen des Bürgermeisters.

An dieses Versprechen haben die Grünen in der Stadtratssitzung am 12. September 2024 erinnert. Sie beantragten: Die Natur soll erhalten werden, so wie es der Bürgerentscheid und der Stadtrat im Herbst 2023 entschieden haben. Aber die Mehrheit im Stadtrat hat jetzt entschieden: Diese Beschlüsse gelten

nicht mehr, bis der TV Altdorf überprüft hat, ob er im Osten Altdorfs sein Sportgelände neu bauen will.

Wir sind als Bürger-Initiative enttäuscht: Wir hätten uns gefreut, wenn man uns frühzeitig mit einbezogen hätte. Das hätte für uns und viele Menschen Vertrauen schaffen können. Wir fragen uns nun: Was kommt, wenn der TV Altdorf nicht im Osten neu bauen will? Wird dann die Umsetzung des Bürger-Entscheids weiter hinausgeschoben? Wir vermissen, dass die Stadt mit uns als Bürger offen redet.

Wir von der Bürgerinitiative können weiter aufpassen, ob die Stadt das macht, was entschieden wurde. Und wir können uns melden, wenn die Natur zugebaut werden soll.

Gastbeitrag von Reinhard Feustel, Bürgerinitiative „Naturerhalt-Altdorfer-Osten“



Die Felder im Altdorfer Osten. (Fotos: Reinhard Feustel)

GRÜNE ZEITUNG Altdorf 2024



Mobilität im Weitwinkel

Altdorf braucht ein umfassendes Verkehrskonzept

Immer wieder entscheidet der Stadtrat über einzelne Verkehrsfragen: Straßen-Bereiche, PKW und LKW-Verkehr, Radverkehr, Parkplätze – und als nächstes die Nordumgehung. Was bisher immer noch fehlt, ist ein umfassendes Konzept, wie wir in der Klimakrise den Verkehrsraum in Altdorf praktisch und ökologisch verantwortlich gestalten können.

Zum Beispiel Nordumgehung

Sie würde einerseits sehr viel Fläche versiegeln und andererseits sehr viel Geld kosten. Eigentlich waren sich alle Fraktionen einig, dass im Moment Sparen angesagt ist, weil die Pflichtaufgaben der Stadt (Grundschule, Kindereinrichtungen, Feuerwehren, Abwasser, Erhalt der Infrastruktur) oberste Priorität haben. Trotzdem soll eine große Summe für eine Nordumgehung eingeplant werden. Die Umgehung würde den Marktplatz nur relativ gering entlasten!

Argumentiert wird mit den Ergebnissen des Verkehrs-Gutachtens. Bei seiner Auftragsvergabe allerdings war eine Realisierung der Nordumgehung kein Ergebnis, sondern eine Vorgabe, deren Auswirkungen simuliert wurden. Offen bleibt, was man mit anderen Maßnahmen verändern könnte! Dafür halten die Grünen ein umfassendes Verkehrskon-

zept für notwendig. Ansonsten wird der bestehende Verkehr nur verlagert. Wir halten diese Verkehrspolitik für nicht zielführend.

Unter einem Verkehrskonzept verstehen wir neben PKW-, LKW- und Fahrradverkehr auch eine Integration von öffentlichen Verkehrsmitteln, von Mobilitätsangeboten, von Fußgängern und auch von neuen Fortbewegungsmitteln wie e-Fahrrad, e-Scooter, Lastenfahrrad, Mitfahrmöglichkeiten etc.... Daher brauchen wir aus Grüner Sicht mehr Mut, um kurzfristige, kostengünstige Sofortmaßnahmen, wie z. B. mobile Fahrbahnverengungen mit Berücksichtigung des Radverkehrs oder eine zeitweise Sperrung der Durchfahrt des Marktplatzes, zu testen.

Hans-Dieter Pletz





Wir empfehlen den **Fahrradklima-Test des ADFC**: Bis 30.11.2024 können Radfahrer*innen in Deutschland bewerten, wie fahrradfreundlich ihre Gemeinde ist. Für Altdorf sind noch Stimmen nötig, damit es in die Wertung kommt.

<https://fahrradklima-test.adfc.de>



Übersetzung
in Einfache
Sprache

Verkehrskonzept

Der Stadtrat entscheidet über den Verkehr in Altdorf:
Zum Beispiel:

- Wo werden welche Straßen gebaut?
- Wie viele Parkplätze gibt es?
- Wo dürfen Lastwagen fahren?

Das sind alles wichtige Fragen und sie müssen beantwortet werden. Eine andere Frage ist: Braucht Altdorf eine Nord-Umgehung für Autos? Der Stadtrat sagt: Ja, weil im Verkehrs-Gutachten steht, dass das eine gute Idee ist. Doch eine Nord-Umgehung ist sehr teuer und löst nicht alle Probleme. Das Verkehrs-Gutachten hat nicht alle Möglichkeiten untersucht.

Wir denken: Der Stadtrat sollte nicht über eine Frage entscheiden, ohne an die anderen Fragen zu denken. Die Fragen hängen alle miteinander zusammen. Altdorf braucht ein Verkehrs-Konzept. Das heißt: Antworten auf alle Fragen, die mit Verkehr zusammenhängen. Dabei kann der Stadtrat dann auch an Fahrräder denken und an Menschen, die zu Fuß gehen oder mit dem Bus oder einem Roller fahren möchten.

Dieser Text ist eine Zusammenfassung des Textes von Hans-Dieter Pletz





Zukunft nach Zahlen?

Prognosen in der Politik



Viele Menschen in Altdorf dachten, wenn die Firma Bernard sich die Verkehrssituation in Altdorf gut anschaut, bekommen wir genaue Vorhersagen: So wird der Verkehr in der Zukunft sein. Aber die Stadtrats-Sitzung zum Verkehrskonzept verlief keineswegs harmonisch.

Was war geschehen?

Zunächst haben die Mitglieder der verschiedenen Parteien nachgefragt: Was wurde für die Prognose vorausgesetzt? So fragte ein Stadtrat der Freien Wähler: „Hat man daran gedacht, dass Schutzmaßnahmen für Fahrräder die Autos auf einer neuen Umgehungsstraße behindern könnten?“ Ein GRÜNER fragte: „Hat man daran gedacht, dass wir bei mehr Homeoffice weniger Straßen brauchen?“ Allerdings wurden – nur – die Grünen mehrfach für ihre gut vorbereiteten Fragen gerügt. Der Bürgermeister sagte dazu: „Ich bin irritiert, wenn die Zahlen dieser kompetenten Firma in Frage gestellt werden.“ Wenigstens der Fachmann der Firma erklärte ehrlich: Für die Vorhersage musste die Firma die offiziellen bayerischen Zahlen von 2013 nutzen, mit allen Grundannahmen. Seitdem hat sich aber viel geändert, zum Beispiel machen mehr Menschen Homeoffice.

Damit bestätigte er indirekt: Nachfragen nach Grundannahmen sind berechtigt. Denn jede Vorhersage trifft zuerst solche Grundannahmen. Dann erhebt man dazu eine Auswahl an Daten und rechnet mit ihnen weiter. Danach wird das Ergebnis gedeutet.

Kurz und einfach gesagt

So kommt z.B. das Bundes-Verkehrsministerium mit 123 Annahmen zu dieser Vorhersage: Der Verkehr nimmt bis 2051 um 2,5 Prozent zu. Wenn man nur 17 dieser Annahmen verändert, kommt das von Greenpeace beauftragten Institut Prognos aber zum Schluss: Der Verkehr nimmt um 2,5 Prozent ab. Ein verändernder Faktor war z.B. die Annahme, dass es ein Tempolimit von 120km/h auf Autobahnen gibt.

Dementsprechend betonte auch in Altdorf der Experte der Firma mehrfach: „Das ist eine politische Entscheidung“.

Die gute Botschaft daraus ist: Wir können etwas ändern – wir müssen nur wollen!

Susanne Pannewick
Zeichnungen: Silas Mühlendyck





Spatenstich beim Abschnitt II Radweg Altdorf-Fischbach, von Ungelstetten nach Birnthon. vl: Horst Topp (2. Bgm Altdorf), LR Armin Kroder, Frakt. Vorsitzender Benedikt Bisping (war mit dem Rad aus Lauf da), Margit Kiessling, Eckart Paetzold und Doris Erdinger (Burghthann, stv. FraktVors)

In die Zukunft radeln

Der Radverkehr in Altdorf

Kurz und einfach gesagt

Wenn ich mit dem Fahrrad von Altdorf nach Lauf fahren möchte, dann ist das schwierig. Zwischen Altdorf und Winn gibt es

Es gibt auch zwischen Winn und Hersbruck keinen Radweg. Und innerhalb von Altdorf ist Radfahren auch schwierig. Es gibt ein Verkehrs-Gutachten von der Stadt. Darin stehen gute Ideen für den Fahrrad-Verkehr. Wir finden: Es sind noch nicht genug Ideen.

immer noch keinen Radweg. Schon seit 10 Jahren warten die Menschen in Altdorf darauf, dass dort der Radweg ausgebaut wird. Vielleicht gelingt es 2026. Aber die Straßenbau-Behörde will gleichzeitig die Straße sehr breit ausbauen. Dagegen protestieren Menschen, die die Natur schützen wollen.

Wir haben einen interessanten Vorschlag: Der Marktplatz in Altdorf könnte eine Fahrrad-Straße werden. Auf einer Fahrrad-Straße haben Menschen mit dem Rad und zu Fuß immer Vorrang. Dann könnten Autos dort auch noch fahren, aber sie müssen mehr Rücksicht nehmen. Und die Räder müssen nicht mehr auf den Gehweg ausweichen...

Doch Menschen mit dem Fahrrad haben in Altdorf noch mehr Probleme.

Horst Topp

GRÜNE ZEITUNG Altdorf 2024



Ohne Auto geht es nicht?

Der öffentliche Verkehr in Altdorf

In Altdorf und in den umliegenden Dörfern ist der Öffentliche Nahverkehr ein Problem.

- Die Busse fahren zu selten oder zu den falschen Zeiten.
- Die S-Bahn ist in zwei Jahren hintereinander einen großen Teil der Sommerferien komplett ausgefallen. Menschen, die in Altdorf wohnen, aber in Nürnberg arbeiten, konnten daher wochenlang nicht gut in die Arbeit kommen. Denn: Der Schienenersatzverkehr mit dem Bus dauert sehr lange und fährt seltener.

Das ist nicht nur in Altdorf ein Problem, sondern auch in vielen anderen ländlichen Gebieten in Bayern. Deshalb nutzen viele Menschen ihr Auto statt „Öffis“. Doch wenn wenige Menschen die Öffentlichen Verkehrsmittel nutzen, dann wird die Strecke in Zukunft auch weniger mit Bussen oder Zügen befahren.

Deshalb sagen manche Politiker*innen: Wir brauchen die Öffentlichen Verkehrsmittel gar nicht, weil die Menschen sie sowieso nicht nutzen. Doch an vielen Beispielen können wir sehen, dass die Menschen gerne mit den „Öffis“ fahren, wenn Busse

und Züge pünktlich und zu passenden Zeiten fahren.

Denn dann überwiegen für viele Menschen die Vorteile. Zum Beispiel, dass sie nicht mehr im Stau stehen müssen und keinen Parkplatz suchen müssen. Aber wenn die Tickets für den Öffentlichen Verkehr teuer sind oder wenn die Busse und Züge häufig zu spät kommen, dann nutzen die Menschen lieber ihr Auto.

Kurz und einfach gesagt

Beispiel Schweiz

In unserem Nachbarland Schweiz funktioniert der Zugverkehr in der Stadt und auch auf dem Land sehr gut. Die Züge sind pünktlich und fahren regelmäßig. Das Land fördert dieses Verkehrssystem durch öffentliche Mittel, ein modernes Tarifsystem und durch politische Unterstützung. Der Bund hat Verkehrsfonds, in die Steuergeld fließt. Mit den Fonds finanziert die Schweiz den Ausbau und den Betrieb des Schienennetzes. In den vergangenen vier Jahren hat die Schweiz doppelt so viel Geld für das Schienennetz ausgegeben wie für den Straßenbau. Deutschland hat



nur gleich viel Geld für Schienennetz und Straßenbau ausgegeben.

Wie kann der Öffentliche Verkehr auch in Deutschland eine echte Alternative zum Auto werden?

Zwei Dinge sind dafür wichtig.

Erstens: Der Öffentliche Verkehr muss die Bedürfnisse der Menschen erfüllen, zum Beispiel Pünktlichkeit, Regelmäßigkeit, Abdeckung von vielen Strecken.

Zweitens: Die Regierung muss gut überlegen, wie sie den Öffentlichen Verkehr finanziert, denn die Städte und Gemeinden können das nicht alleine bezahlen. Dabei muss die Regierung zum Beispiel mehr Geld für den Schienenverkehr ausgeben als für den Straßenbau.

Das kann viele positive Folgen für ländliche Gebiete haben:

- Die Straßen werden entlastet.
- Die Umwelt wird geschützt.
- Die Menschen sind zufriedener.
- Die Wirtschaft wird gestärkt.

Es ist wichtig, dass Menschen eine Wahl haben: Alle sollten das Verkehrsmittel nutzen, das für sie passend ist. Dabei sollten sie bequem, zuverlässig und flexibel an ihr Ziel kommen.

Wir in Altdorf können uns auch dafür einsetzen, dass in der Bundespolitik wichtige Entscheidungen für den Öffentlichen Verkehr getroffen werden.

Bianca Pircher



GRÜNE ZEITung Altdorf 2024



Das ist die von der UNHCR geschätzte Zahl der Toten im Mittelmeer 2023. Die wahre Zahl wird deutlich höher liegen. Die Zahl der Verkehrstoten in Deutschland 2023 sind laut ADAC 2.839 Menschen. Dass wir jedem Verunfallten einen Rettungswagen schicken, ist in Deutschland selbstverständlich - aber nicht, Rettungsschiffe zu Menschen in Seenot auf dem Zentralen Mittelmeer.

In beiden Fällen bringt sich jemand aktiv in Gefahr, beim Steigen ins Auto wie ins Fluchtboot. Natürlich ist im Boot die Gefahr höher – aber auch der Druck. Denn als Fliehende in einem Bürgerkriegsland wie Libyen haben die Menschen eigent-

lich nur die Wahl, entweder dort im Folterlager oder auf der Straße zu sterben oder eine Überfahrt zu riskieren. Dies weiß ich direkt von denen, die auf der Flucht das Glück hatten, gerettet zu werden.

Einsatz im Mittelmeer

Von meiner letzten Fahrt kehrte ich Anfang März zurück. Auf diesem Einsatz verstarb bei uns an Bord trotz großer Bemühungen eine junge Frau nach ihrer Rettung von dem Flüchtlingsboot, das noch eine Leiche und Dutzende weitere Personen trug. Es war belastend, mit ansehen zu müssen, wie die Familie während der Reanimation an Deck um



Foto: X-Account von MSF_Sea



das Leben der Frau bangte und wir ihnen danach sagen mussten, dass wir nun vier Tage mit ihrer Angehörigen im Kühlcontainer in den Norden Italiens fahren müssten. (Anm. d. Red. Diese Praxis, Rettungsschiffen weit entfernte Häfen zuzuweisen, hat mutmaßlich das Ziel, sie so lange wie möglich von der Einsatzzone fernzuhalten und den spendenfinanzierten Organisationen zusätzliche Kosten zu verursachen.)

Ich wünsche mir eine gesellschaftliche Klarheit: Rettungsschiffe in Seenot zu schicken ist genauso selbstverständlich, wie Krankenwagen zum Verkehrsunfall. Erst Leben retten – dann, wenn nötig, diskutieren, wie wir weiter mit dem geretteten Menschen umgehen.

Gastbeitrag von Gerald Karl, gebürtiger Altdorfer und Seenotretter

Spenden z.B. an:

www.mission-lifeline.de oder
www.sea-eye.org

Seenotrettung

Übersetzung in Einfache Sprache

Im Jahr 2023 sind über 4.000 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken.

Gerald Karl hilft bei der Seenotrettung, so dass in Zukunft weniger Menschen ertrinken.

Viele Menschen sagen, dass die Menschen selbst schuld sind, wenn sie auf dem Meer einen Unfall haben. Aber Gerald Karl sieht das anders. Er sagt: „Die Menschen fliehen nicht freiwillig. Sie sind in ihrem Heimatland und in Libyen in Gefahr.“

Gerald Karl hilft regelmäßig bei Einsätzen auf einem Rettungs-Schiff. Es belastet ihn, dass er nicht allen Menschen helfen kann. Manchmal sterben die Menschen, auch wenn das Rettungs-Schiff ihnen geholfen hat.

Er sagt: „Wenn ein Mensch einen Verkehrsunfall mit dem Auto hat, dann schicken wir einen Rettungs-Wagen dorthin. Wenn jemand auf dem Meer einen Unfall hat, dann müssen wir ein Rettungs-Schiff schicken. Das muss selbstverständlich sein.“

Dieser Text ist eine Zusammenfassung des Textes von Gerald Karl.



Altdorf und die Krankenhausreform

Notwendiger Wandel im Gesundheitssystem

Unser Gesundheitssystem wurde in den letzten 20 Jahren stark ökonomisiert. Das bedeutet, dass jeder medizinische Fall als wirtschaftliche Dienstleistung gesehen wird, die Geld bringen muss – schwierige Fälle bringen mehr Geld. Deshalb versuchen Krankenhäuser, möglichst schwierige Fälle zu behandeln. Dieser Fehlanreiz führt zu immer mehr komplexen und oft unnötigen Eingriffen. In Deutschland gibt es deutlich mehr Hüft- und Knie-Operationen als in anderen Ländern, auch Herzkatheter-Operationen sind häufig. Doch diese Eingriffe machen die Menschen nicht unbedingt gesünder, sie werden nur öfter operiert.

Ein weiteres Problem ist die Qualität der Behandlungen. Die Überlebensrate bei Brustkrebs variiert stark: In einigen Krankenhäusern ist sie um 25% niedriger als in anderen. Das darf nicht sein.

In Altdorf haben wir ein kleines Krankenhaus, das wenig spezialisiert ist und nur wenige Operationen durchführt. Es bringt deshalb wirtschaftlich nicht so viel ein und die Kosten für Gebäude und Instandhaltung sind hoch. Wie häufig wird am Personal gespart, um Modernisierungskosten zu decken. Viele Krankenhäuser stehen kurz vor der Insolvenz, da sie mehr ausgeben als sie einnehmen.

Es gibt Überlegungen, wie man Krankenhäuser verbessern kann. Die geplante Krankenhausreform soll beispielsweise die Finanzierung ändern. Krankenhäuser sollen 65% ihrer Kosten fest bezahlt bekommen.

Das Problem in Altdorf: Wir brauchen vielleicht kein Krankenhaus, aber einen Ort, an dem kranke Menschen versorgt werden, damit Angehörige nicht stundenlang fahren müssen, um Besuche zu machen. Vielleicht könnte das Krankenhaus umgestaltet werden, um eine lokale Versorgung sicherzustellen.

Wir müssen uns Gedanken machen, wie der Betrieb des Krankenhauses in Altdorf gesichert werden kann, denn aktuell ist das leider nicht gewährleistet.

Aaron Mühlendyck



Übersetzung in Einfache Sprache

Das Gesundheits-System in Altdorf ändert sich. Krankenhäuser müssen heute wirtschaftlich arbeiten. Das heißt, dass ein Krankenhaus mit einer Behandlung Geld verdienen muss. Wenn eine Behandlung besonders schwierig ist, dann verdient das Krankenhaus mehr Geld damit. Zum Beispiel, wenn eine Person operiert werden muss. Deshalb wollen viele Krankenhäuser lieber schwierige Fälle behandeln und machen mehr Operationen.

In Altdorf gibt es ein kleines Krankenhaus. Es macht nur wenige Operationen. Deshalb verdient es nicht so viel Geld. Aber es muss viel Geld ausgeben für das Gebäude. Damit das möglich ist, werden weniger Mitarbeitende eingestellt.

Wenn ein Krankenhaus nicht genug Geld verdient, dann muss es schließen. Die Politik überlegt, wie Krankenhäuser besser arbeiten können.

Wir brauchen in Altdorf einen Ort, an dem Menschen behandelt werden können und an dem ihre Familie sie besuchen kann. Wir müssen gemeinsam überlegen, wie das Krankenhaus weiter bestehen kann.

Dieser Text ist eine Zusammenfassung des Textes von Aaron Mühlendyck



Impressum

Auflage: 8.000 Stück

Redaktion: Niklas Baumgardt, Susanne Pannewick, Hans-Dieter Pletz, Horst Topp

Layout/Einfache Sprache/Titelbild: Arnica Mühlendyck

Fotos, wenn nicht anders angegeben:

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Altdorf

Druck: Druckerei Brunner GmbH, Altdorf

V.i.S.d.P. BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Altdorf, Barthstr. 1, 91207 Lauf



Miteinander statt gegeneinander

Mit Verstehen Spaltung überwinden

„Wir werden einander viel verzeihen müssen“ heißt ein aktuelles Buch über die Coronapandemie. Der Profifußballer Joshua Kimmich spricht in einer Doku noch immer tief verletzt von dem moralischen Sturm auf ihn als Impfskeptiker. Die Veröffentlichung der RKI-Protokolle* zeigte, wie wissenschaftliche Erkenntnisse zugunsten der politischen Linie wissentlich übergangen wurden. Gleichzeitig entstand ein völlig unangemessenes Bild von „der einen Wissenschaft“, die es nicht gibt. So wie es auch „den einen richtigen Weg“ nicht gibt, auf ein Virus zu reagieren. Aber in dieser Krise klammerten sich Menschen an Standpunkte wie an einen Rettungsring. Schuldvorwürfe und Diskriminierungen schoben Menschen an den Rand der Gesellschaft und in die Arme von Rechtsextremisten. Diese missbrauchten die Krise, um sich als Grundrechts-Anwälte zu inszenieren. Damit war der Kern der Demokratie, die Achtung verschiedener Sichtweisen, vom Spaltungs-Virus befallen. Zur Heilung müssten wir offen reflektieren und uns gegenseitig um Verzeihung bitten. Aber genau das findet in Deutschland kaum statt.

Und die Spaltung setzt sich fort. Sehr deutlich wird das beim Nahostkonflikt. Wieder gibt es zwei Perspektiven mit Schwarz-Weiß-Denken. Wieder wird von

offiziellen Stellen einseitige Solidarität eingefordert, jetzt mit dem jüdischen Staat. Entsprechend wird Menschen, die empathisch auf palästinensisches Leid schauen, oft vorschnell moralisch entzündet „Antisemitismus“ vorgeworfen. Auf der anderen Seite gibt es politische Forderungen, die das Leid und Lebensrecht der jüdischen Menschen missachten.

Extrempositionen sind selten richtig, geschweige denn hilfreich. Wir brauchen in solchen Krisen einen offenen Dialog, um aus der Spaltungs-Falle herauszukommen. Demokratie braucht Respekt und Verstehen.

Alexander Priezel und Susanne Pannewick

* <https://www.heise.de/news/RKIFiles-Whistleblower-leakt-ungeschwaerzte-Protokolle-des-Corona-Krisenstabs-9811978.html>



Achtung auf Grund des Coronavirus

Spielplatz Gesperrt !!!

Stadt Altdorf, b.Nürnberg

Foto: Arnica Mühlendyck

Miteinander statt Gegeneinander

Übersetzung in Einfache Sprache

Menschen haben verschiedene Meinungen. Nur wenn sie achtsam miteinander sprechen, können sie die Meinung der anderen verstehen. Demokratie heißt, mit verschiedenen Sichtweisen gemeinsame Wege suchen.

Ein Beispiel ist die Corona-Pandemie. Während der Pandemie dachten viele Menschen: Impfen hilft allen gut gegen Corona. Andere Menschen waren dagegen, dass sie und andere zum Impfen gedrängt werden. Beide Gruppen dachten: Wir haben Recht. Sie haben sich gegenseitig Vorwürfe gemacht und sich manchmal sogar beschimpft. Die Regierungen haben schließlich Regeln aufgestellt, die Menschen ausschlossen, wenn sie nicht nach Vorschrift geimpft waren. Rechts-extreme Gruppen haben das ausgenutzt und brachten viele dieser Menschen auf ihre Seite, um sie gegen die Regierungen aufzuhetzen. Nach diesem Gegeneinander müssen wir uns um Verzeihung bitten.

Ein anderes Beispiel ist der Krieg im Nahen Osten. Manche Menschen sind auf der Seite von Israel. Andere sind auf der Seite von Palästina. Viele sehen dabei das Leid der anderen Seite nicht so richtig. Wie bei Corona stellen sich die Regierungen eher auf eine Seite.

Nur wenn wir einander zuhören und verstehen, können wir das schmerzvolle Gegeneinander beenden und Wege für alle finden: im Großen wie im Kleinen.

*Dieser Text ist eine
Zusammenfassung des Textes
von Alexander Prietzel
und Susanne Pannewick*

GRÜNE ZEITUNG Altdorf 2024



Angst teilen

statt Angst schüren

Immer mehr Menschen fühlen sich in Deutschland nicht mehr sicher. Menschen in der Politik reden jedenfalls darüber:

- Ministerpräsident Markus Söder sagt: „In vielen deutschen Städten fühlen sich auch viele Deutsche nicht mehr zu Hause.“ (ARD 8/2024)
- Die AfD fordert: „Sichere Heimat!“ (Wahlplakat Sachsen 8/2024)

Diese Menschen behaupten: Geflüchtete Menschen sind gefährlich. Deshalb fordern sie „Zurückweisung an den Grenzen“ und „Abschieben“.

Zurückweisung bedeutet schon jetzt brutale Gewalt gegen fliehende Menschen. Dadurch bekommen aber die Menschen Angst, die fliehen mussten und ihr sicheres Zuhause verloren haben. Sie haben aber ein Recht darauf, in Deutschland Schutz zu suchen.

Wie verrückt: Rechtsextreme Menschen reden von Angst, aber sie schüren und machen Angst. Sie drohen in Worten, dass sie alle Menschen aus Deutschland herausschaffen wollen, die ihnen nicht passen: weil sie nicht „deutsch“ aussehen oder sich nicht „normal“ verhalten. Sie greifen Menschen körperlich an, die anders denken und leben als sie. Angst müssen



Eindrücke von der Zwickauer Pride.



Kurz und einfach gesagt

also vor allem Menschen haben, die nicht in die rechtsextremen Normen passen.

Ein Redner auf der Zwickauer Pride

hat erzählt, dass er große Angst haben muss, zu einer Party in seinem Heimatort zu gehen – „und das an einem Ort, wo man seit der Jugend lebt!“

Dazu fiel mir ein: Auch viele Menschen mit Behinderung haben Angst auf deutschen Straßen. Auch Frauen müssen Angst haben – und zwar vor Männern. Auch zuhause. Denn alle 4 Minuten erlebt eine Frau Gewalt durch ihren Partner zuhause.

Wenn man die rechte Lösung hier anwenden wollte, hieße das: Männer

abschieben! Da wird klar, wie unsinnig diese populistischen Scheinlösungen sind. Wir können nicht sagen, dass eine ganze Gruppe gefährlich ist, und sie aus dem Land werfen. Angst macht eng und unmenschlich und dumm (Was übrigens im Gehirn tatsächlich nachzuweisen ist...)

Die Redner in Zwickau hatten einen besseren Vorschlag: „Wenn wir diese Angst teilen, können wir uns gemeinsam dagegen stellen.“

Susanne Pannewick

Weitere Eindrücke zur Pride in Zwickau auf unserer Homepage:



Die Tafel hilft zum Leben

Ein tolles Projekt für Bedürftige, Aktive und die Natur

Kurz und einfach gesagt

Die Altdorfer Grünen haben die Einnahmen und Spenden vom Weihnachtsmarkt an die Tafel

gespendet. Bei der Tafel bekommen arme Menschen Lebensmittel für wenig Geld. Der Altdorfer Ortsverband hat die Tafel besucht.

Jeden Tag kommen ungefähr 60 Personen zur Tafel in Altdorf. Für 3 Euro bekommen sie eine große Tasche Lebensmittel. Sie müssen mit einem Nachweis zeigen, dass sie wirklich

arm sind. Den Nachweis bekommen sie vom Sozial-Amt oder vom Job-Center. Die Ausgabe ist sehr gut organisiert. Bei der Tafel bekommen die Menschen auch Lebensmittel, die im Supermarkt aussortiert worden sind. Zum Beispiel, weil sie nicht mehr lange haltbar sind. Die Tafel hilft deshalb nicht nur armen Menschen. Die Tafel hilft auch dabei, dass weniger Lebensmittel weggeworfen werden.

Die Tafel ist außerdem ein Ort für arme Menschen, an dem sie sich mit anderen treffen können. Auch den Aktiven gefällt es bei der Tafel.

Susanne Pannewick

Sie können an die Tafel spenden:

WAS: haltbare Lebensmittel (wie Nudeln, Dosen), gut erhaltene Haushalts-Gegenstände, Spielsachen, Kleidung. Größere Möbelstücke o.ä. können mit Foto & Telefonnummer vermittelt werden

WO: Tafel Altdorf, Collegiengasse 6a

WANN: Dienstag und Samstag ab 11 Uhr



v.l.n.r.: Margit Kiessling, Silke Roth, Sabine Fiedler, Brigitte Engerer, Horst Topp, Susanne Pannewick, Dieter Pletz

Seit 2021 gehöre ich dem Bundestag an. Die neue Koalition stand von Beginn an vor Herausforderungen: Zu Pandemie und Klimakrise kam auch noch der Überfall Russlands auf die Ukraine. Bei allem schrägen Bild, das durch zu viel öffentlichen Streit zweifellos entstanden ist, glaube ich, dass diese Regierung in den Geschichtsbüchern als historischer Glücksfall bewertet werden wird. Die Energiekrise konnten wir insbesondere durch den großen Einsatz von Robert Habeck meistern: Die Strompreise stehen wieder auf Vorkriegsniveau. Es ist gelungen, im Bereich der Erneuerbaren Energien in kurzer Zeit eine nicht erwartete Dynamik zu entfachen.

Leider hängt Bayern im bundesweiten Vergleich bei der notwendigen Windkraft weit zurück. Kein Bundesland war derart abhängig vom vermeintlich „billigen russischen Gas“ wie Bayern. Wir haben dieses Land mit unserer Energiepolitik vor einer gigantischen Katastrophe bewahrt. Was haben eigentlich Söder und Aiwanger in dieser Zeit gemacht?

Deutlich geworden ist der Reformstau auf vielen Ebenen, der sich während vorheriger Regierungen aufgebaut hat – Arbeitskräftemangel in praktisch allen Branchen, ein Zerbröseln unserer Infrastruktur, seien es Autobahnen oder Bahnnetz, und mangelnde Investitionen in Klimaschutz.

All dies sind wir mutig angegangen und haben viele Verbesserungen erzielt.

Meine persönliche Zwischenbilanz: Als Obmann im Finanzausschuss habe ich unzählige Gesetze zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und zur Krisenabwehr mitverhandelt, zudem habe ich den Vorsitz der Landesgruppe der Grünen Abgeordneten übernommen. In meinen bisher über 30 Reden im Parlament ging es mir immer darum, bei allem Streit um die Sache Brücken zu den anderen demokratischen Kräften nicht einzureißen. Und natürlich freue ich mich, wenn ich meine Arbeit fortsetzen kann.

*Gastbeitrag von Sascha Müller,
Bundestagsabgeordneter
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN*



Foto: Sonja Herpich



Grüne Mitentscheidungen auf Bundesebene

positiv für Gesellschaft und Umwelt

Das haben sie mitentschieden:

- + GEGEN Kohle, FÜR Erneuerbare Energien: Noch nie wurde so viel Strom und Wärme umweltfreundlich erzeugt.
- + Veränderungen im Verkehrsrecht: Kommunen können besser selbst entscheiden, wo es Tempo-30-Zonen, Radwege und Busspuren geben soll.
- + höheres BAföG: Studierende bekommen fünf Prozent mehr „Grundbedarf“ (475 €) und „Wohnpauschale“ (380€).
- + Selbstbestimmungsgesetz: Menschen, die das Geschlecht wechseln oder nicht festlegen wollen, können selber darüber entscheiden

Mehr Entscheidungen:



Wofür die Grüne Fraktion sich einsetzt

Schwerpunkte des vergangenen Jahres

- + für den Erhalt von naturbelassenen Flächen (z.B. Bürgerentscheid zum Gewerbegebiet Ost)
- + für eine bessere Jugendarbeit (muss in städtischer Hand bleiben)
- + für bessere Angebote in der Seniorenarbeit (eine hauptverantwortliche Person)
- + für eine zeitgemäße Ausbildung bei Kindern (Erweiterung KiTas, Rund-erneuerung der Grundschule)
- + für eine menschengerechtere Unterbringung von Asylsuchenden (Altdorf und Röthenbach)
- + für ein echtes Verkehrskonzept ohne Nordtangente
- + für neue und bessere Radwege (Hagenhausen bis Schleifmühle)
- + für barrierefreie Mobilität (Furten Obere Wehd, Röderstraße)
- + für weitere Erzeugung von regenerativer Energie (Photovoltaik Freiflächenanlagen Rieden)
- + für den Ausbau der Strom-Verteilnetze (zusammen mit der Bürgerinitiative)
- + für Transparenz und Respekt gegenüber demokratischen Entscheidungen (z.B. Umsetzung von Bürgerentscheid und Umsetzungsbeschluss)
- + gegen die Zerstörung des Bannwaldes bei Altdorf für Sandabbau und anderes

GRÜNE

30

An dieser Zeitung haben mitgewirkt:

Redaktion

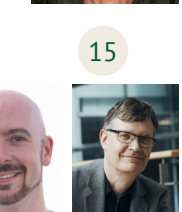
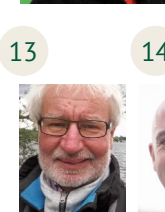
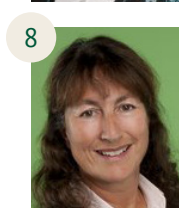
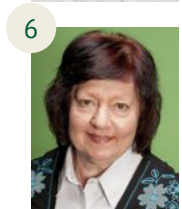
- 1 Susanne Pannewick – Ortssprecherin
- 2 Niklas Baumgardt – Ortssprecher & Mitglied der GRÜNEN JUGEND
- 3 Hans-Dieter Pletz – Stadtrat & Fraktionsvorsitzender
- 4 Horst Topp – Stadtrat, Kreisrat & zweiter Bürgermeister


Autor*innen

- 5 Anni Blüml – Stadträtin
- 6 Margit Kiessling – Stadträtin & Kreisrätin
- 7 Eckart Paetzold – Stadtrat & Kreisrat
- 8 Miranda Bellchambers – Ortsbeisitzende
- 9 Aaron Mühlendyck – Ortsbeisitzender & Kreisschatzmeister
- 10 Bianca Pircher – Mitglied im Ortsverband & Kreisgeschäftsführung
- 11 Alexander Prietzel – Aktiver im Ortsverband
- 12 Silke Roth – Stadträtin

Gastbeiträge

- 13 Reinhard Feustel – Bürgerinitiative „Naturerhalt-Altendorfer-Osten“
- 14 Gerald Karl – gebürtiger Altendorfer & seit Jahren aktiver Seenotretter
- 15 Sascha Müller – Bundestagsabgeordneter





**Willst du
dabei sein, wenn wir
mal wieder Schuld
an allem sind?**

Jetzt Mitglied werden

Die GRÜNEN Altdorf. Jetzt erst recht!

Grüne Veranstaltungen

13.11.2024, 19.30 Uhr:
Orts-Mitglieder-Versammlung
im Bürgertreff

11.12.2024, 19.30 Uhr:
Weihnachtsfeier im Bürgertreff

Dezember 2024:
Grüne Bude am Altdorfer
Weihnachtsmarkt

Bürgerversammlungen:

04. November in Altdorf (Kulturtreff)
08. November in Pühlheim (FW-Haus)
12. November in Röthenbach (Sportheim)

Termine Stadtrat- sitzungen:



Wir laden Sie/Euch ein auf unsere Homepage:

Hier gibt es aktuelle Ankündigungen und Berichte, inhaltliche Positionen und Infos über Fraktion und Ortsvorstand, sowie diese und die vergangenen Ausgaben der GRÜNEN ZEITung inkl. ausführlichere Darstellungen zu einzelnen Themen.

<https://gruene-nuernberger-land.de/ortsverbaende/ov-aldorf/>

